

# PRESSEMITTEILUNG

## **Norbert Lammert: „Menschenhändler bedrohen die Sicherheit von Frauen und Kindern auf der Flucht“**

**Internationale Konferenz am 27. und 28. April 2022 in Berlin spricht drüber, was Zielländer des Menschenhandels – wie Deutschland – dringend verbessern sollten**

---

Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist ein schweres Verbrechen und angesichts des geringen Risikos und des hohen Gewinns auch ein lukratives Geschäft. Weltweit sind 92 Prozent der Opfer weiblich, nahezu ein Viertel der Opfer sind Kinder.

Seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar hat sich die Gefahr, Opfer dieses Verbrechens zu werden, speziell für Frauen und Mädchen aus der Ukraine deutlich erhöht. Der **ehemalige Präsident des Deutschen Bundestages und Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Norbert Lammert**, betont zu diesem Anlass: *„Der Krieg in der Ukraine hat Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht. Menschenhändler bedrohen insbesondere die Sicherheit und das Wohl von Frauen und Kindern, die in der Situation der Flucht besonders schutzlos sind.“*

Die deutsche Politik sei hier dringlich aufgefordert, stetig an verbesserten Schutzmechanismen für diese Menschen zu arbeiten.

**Kateryna Ryabiko, stellvertretende Direktorin des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (OSZE/ODIHR)**, wies darauf hin, dass Deutschland eines der Hauptzielländer sei und daher in der Pflicht stünde, dieses Problem entschieden zu bekämpfen. Dass hierbei auch das Thema der Nachfrage eine große Rolle spielt, darüber waren sich viele der Sprecherinnen und Sprecher einig. **Chefberater für die Task Force gegen Menschenhandel beim Rat der Ostseestaaten, Edi Mujaj** berichtete, dass seit Ausbruch des Ukrainekriegs zum Beispiel die Suche nach pornografischen Videos, die Vergewaltigungen und Missbrauch ukrainischer Frauen zeigten, im Internet deutlich zugenommen habe.

**Elisabeth Winkelmeyer-Becker (CDU), Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzende des Rechtsausschusses**, kritisierte daher die rechtliche Situation in Deutschland: *„Die gesetzliche Regelung macht einen großen Unterschied. Deutschland tut so, als wäre Prostitution fast ein normaler Beruf. Doch die Situation ist für die große Mehrheit der Frauen in der Prostitution unerträglich.“*

Zur deutschen Situation tauschten sich in einem speziellen Think Tank Vertreterinnen und Vertreter der Berliner Polizei und Staatsanwaltschaft, der deutschen Steuer- aufsichtsbehörde, des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), der Politik

und praktischen Arbeit aus. **Leni Breymaier, Vorstandsmitglied bei Sisters e.V.**, beklagte an dieser Stelle: *„Unsere Hilffssysteme versagen: Wir haben erst einmal zu wenige und die Zugänge sind schwer.“* **Cathrin Schauer-Kelpin, Geschäftsführerin der Organisation KARO e.V.**, ergänzte aus der Perspektive der praktischen Arbeit: *„Es gibt positive Beispiele der Zusammenarbeit mit Behörden, aber die Hilfen, die wirklich praktischen Hilfen – und das ist immer wieder auch Geld – ist derart defizitär, dass wir unsere Arbeit nicht tun könnten. Und das darf eigentlich nicht sein!“*

Der **ehemalige Bundestagsabgeordnete und Vorstandsvorsitzender von Gemeinsam gegen Menschenhandel, Frank Heinrich**, betonte im Rahmen der Konferenz zudem die *„Bedeutung, ehemalige Betroffene des Menschenhandels mit in die Entwicklung hineinzunehmen – und nicht nur als illustre Stimme, um nur ihre Fälle mal zu hören, sondern um Expertise von ihnen mitzunehmen.“* Die Konferenz trug dieser Wichtigkeit mit einem besonderen Panel aus sechs ehemaligen Betroffenen aus Deutschland, Österreich, Großbritannien und den USA Rechnung. Hier verdeutlichte die **ehemalige Betroffene Diane Martin**: *„Wir müssen uns weiterhin mit der Nachfrage befassen. Wir wissen, es ist die Nachfrage, die den Sexhandel und die Prostitution anheizt. Es ist die Nachfrage, die die Taschen von Sexhändlern und Zuhältern füllt.“* **Sandra Norak, Gründerin des Deutschen Rates ehemaliger Betroffener von Menschenhandel und Ausbeutung (GeSTAC)** stellte in Bezug auf die deutsche Gesetzgebung zu Prostitution fest: *„Die liberale Gesetzgebung schafft Empathielosigkeit. Empathielosigkeit u.a. bei den Behörden. Unsere Gesetzgebung macht blind vor dem Leid, das sich jeden Tag abspielt.“*

---

**Die Fachtagung wurde von Gemeinsam gegen Menschenhandel (GGMH), der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSCE/ODIHR) organisiert.**

Videomitschnitte von der Konferenz werden in Kürze auf der Website zur Fachtagung unter <https://fachtagung2022.ggmh.de> zur Verfügung gestellt.

**Für Fragen und Kontakt zu den SprecherInnen der Konferenz:**

Caroline Sander, Pressesprecherin, Gemeinsam gegen Menschenhandel  
Uhlandstraße 20-25, 10623 Berlin, Tel: + 49 179 4659995, E-Mail: [pr@ggmh.de](mailto:pr@ggmh.de)

